

Stellungnahme der Bundesregierung zum dritten nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2010“

Der nationale Bildungsbericht liefert alle zwei Jahre einen differenzierten Überblick über das gesamte Bildungswesen. Dem Konzept von Bildung im Lebenslauf entsprechend erstreckt sich die Berichterstattung von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung und wird durch ein jeweils wechselndes Schwerpunktthema ergänzt. Der Bildungsbericht wird von einer unabhängigen wissenschaftlichen Autorengruppe erstellt. Die Finanzierung erfolgt gemeinsam durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK).

Der dritte nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2010“ wurde am 17. Juni 2010 veröffentlicht. Im Schwerpunkt widmet er sich der Fragestellung der „Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel“. Mit seiner Vorlage wird Beschlüssen des Deutschen Bundestages entsprochen¹.

I. Positive Entwicklungen und zentrale Herausforderungen

Durch die regelmäßige Berichterstattung ermöglicht der nationale Bildungsbericht, kontinuierlich Entwicklungen aufzuzeigen. Für die Bildungspolitik von Bund und Ländern ist er damit ein wichtiges Instrument, um Prozesse im Bildungswesen zu beobachten und Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Die generelle Feststellung, dass der Bildungsstand der Bevölkerung stetig ansteigt, dokumentiert sich in allen Bildungsbereichen durch eine Vielzahl positiver Entwicklungen:

- Immer mehr Kinder unter 3 Jahren können von einem Betreuungsangebot profitieren: Die Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen stieg 2009 in den alten Ländern auf rund 15 Prozent und in den neuen Ländern auf 45 Prozent. Die Bildungsbeteiligung der 4- und 5-Jährigen liegt inzwischen bundesweit bei über 95 Prozent.
- Immer mehr Schülerinnen und Schüler erhalten und nutzen Ganztagsschulangebote: Ihre Anzahl hat sich verdoppelt – auf 24 Prozent in 2008. Mittlerweile arbeitet fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs I im Ganztagsbetrieb.

¹ Bundestagsdrucksache 14/9665 vom 2. Juli 2002 und Plenarprotokoll 14/248 des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 sowie Bundestagsdrucksache 16/6614 vom 10. Oktober 2007 und Plenarprotokoll 16/118 des Deutschen Bundestages vom 11. Oktober 2007.

- Immer weniger Schülerinnen und Schüler gehen ohne Abschluss von der Schule: Im Jahr 2008 waren es 7,5 Prozent im Vergleich zu 8,5 Prozent in 2004.
- Immer mehr Schülerinnen und Schüler gehen auf das Gymnasium: 32 Prozent haben im Jahr 2008 mit der allgemeinen Hochschulreife abgeschlossen im Vergleich zu 28 Prozent in 2004.
- Immer mehr Schulabsolventinnen und Schulabsolventen finden einen Ausbildungsplatz: Die Ausbildungsmarktsituation verbessert sich seit 2006 kontinuierlich. Das Übergangssystem ist erstmals seit 2000 deutlich rückläufig.
- Immer mehr Schulabsolventinnen und Schulabsolventen beginnen ein Studium: Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ist mit 43 Prozent (2009) auf einem Höchststand.

Dies sind gute Voraussetzungen, damit Deutschland die prognostizierten demografischen Veränderungen bewältigen kann (vgl. Kapitel II). Zugleich gibt es fortbestehende Herausforderungen:

- Der nationale Bildungsbericht stellt nochmals dar, dass der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft verbunden ist: Fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren wächst in sozialen, finanziellen oder kulturellen Risikolagen auf, die aus geringer Bildung, geringem Einkommen oder Erwerbslosigkeit der Eltern resultieren und die Bildungschancen der Kinder negativ beeinflussen. Besonders häufig sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund hiervon betroffen.
- Eine besondere politische Herausforderung sehen die Autoren des Berichtes darin, die aufgrund des demografischen Wandels frei werdenden finanziellen Ressourcen, die sich aus dem zu erwartenden Rückgang der Bildungsteilnehmerzahlen ergeben, für notwendige Strukturveränderungen, Modifikationen und Qualitätsverbesserungen im gesamten Bildungswesen zu nutzen.

II. Den demografischen Wandel meistern

Der demografische Wandel in Deutschland ist gravierend:

- Bei der Anzahl der Geburten ist die Tendenz weiter rückläufig. Der Trend eines ansteigenden Lebensalters setzt sich fort. Der Anteil der Bevölkerung in der Erwerbsphase geht weiter zurück.
- Die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der Berufsbildung und Hochschulen wird vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2025 um 2,6 Millionen bzw. 15 Prozent auf 14,1 Millionen zurückgehen. Die regionalen Entwicklungen werden dabei sehr unterschiedlich ausfallen und sind eine Heraus-

forderung für das Bildungssystem auf allen Ebenen. So ist in Westdeutschland mit einem Rückgang von 17 Prozent und in Ostdeutschland von 14 Prozent zu rechnen. Für die Stadtstaaten wird eine Zunahme der Bevölkerung und damit auch der Bildungsteilnehmerzahlen, in den ländlichen Regionen ein Rückgang erwartet.

Die Projektion zum Arbeitskräftebedarf bis 2025 zeigt zugleich, dass die Nachfrage nach un- und geringqualifizierter Arbeit weiterhin abnehmen, nach mittleren Qualifikationen relativ konstant bleiben bzw. gering zurückgehen und nach hohen Qualifikationen, die ein Hochschulstudium voraussetzen, zunehmen wird.

Um den demografischen Wandel zu meistern, eröffnen sich zwei ergänzende und sich bedingende Wege:

- Der Bildungsstand der Bevölkerung muss weiter erhöht werden. Hier hat für die Bundesregierung insbesondere der Kampf gegen Bildungsarmut und die Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit sowie die Sicherung des Fachkräfteangebots durch Bildung und Qualifizierung Priorität. Dabei müssen potenzialfördernde Ansätze, die früh in der Bildungslaufbahn Kompetenzen und Abschlüsse fördern, Vorrang vor nachholender Qualifizierung haben. Auch die Durchlässigkeit der Bildungswege muss weiter gesteigert werden, um alle Potenziale auszuschöpfen. Darüber hinaus verfügt Deutschland auf dem Arbeitsmarkt über beträchtliche, noch ungenutzte Ressourcen. Dies sind insbesondere Frauen, die trotz eines inzwischen erreichten hohen Bildungsstands auf dem Arbeitsmarkt noch deutlich unterrepräsentiert sind und Nachteile haben. Auch bei gesteigerter Erwerbsbeteiligung ist der Anteil erwerbstätiger Frauen in allen Qualifikationsgruppen noch immer niedriger als der der Männer. Der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der Anfang 2011 veröffentlicht wird, wird sich in einem Kapitel mit geschlechtsspezifischen Benachteiligungen in Bildungsbiografien über den Lebenslauf hinweg auseinandersetzen und Empfehlungen zu ihrem Abbau aussprechen. Für Menschen mit Migrationshintergrund gilt es, das durchschnittliche Qualifikationsniveau und die Erwerbstätigenquote zu erhöhen. Zudem muss es gelingen, Ältere besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- Die Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte aus aller Welt muss erhöht werden. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs an qualifizierten Fachkräften gewinnen berufliche Qualifikationen und Kompetenzen, die Zuwanderer nach Deutschland mitbringen, an Bedeutung. Um diese Ressourcen besser als bisher ausschöpfen zu können, sollen die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verbessert und – soweit erforderlich – auf weitere Gruppen von Zuwanderern erstreckt werden. Dies ist auch integrationspolitisch geboten. In ihrem Zuständigkeitsbereich schafft die Bundesregierung

derzeit die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen und prüft Maßnahmen zur Verfahrensoptimierung und für verbesserte Möglichkeiten zur Anpassungs- und Nachqualifizierung.

Der Bildungsbericht zieht als Fazit: Bildung muss angesichts des demografischen Wandels dauerhaft hohe politische Priorität haben. Die demografiebedingten Veränderungen erfordern grundlegende strukturelle Anpassungen und Modifikationen im Bildungssystem, für die ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müssen.

Die Bundesregierung schafft hierfür die Voraussetzungen und hat deshalb den Bereich Bildung und Forschung explizit aus den Sparmaßnahmen bei der Aufstellung des Bundeshaushaltentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014 ausgenommen. Der Bund stellt bis 2013 zusätzliche 12 Milliarden Euro für Bildung und Forschung bereit. Mit dem Ziel, bis zum Jahr 2015 gesamtgesellschaftlich 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung aufzuwenden, will die Bundesregierung die Voraussetzungen für notwendige Investitionen schaffen, denn nur durch Bildung und Forschung lässt sich langfristig der Wohlstand unseres Landes erhalten.

III. Bildungsbereichsspezifische Ergebnisse und Schlussfolgerungen im Einzelnen

a) Frühkindliche Bildung ausbauen und Qualität verbessern

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Ausbau und Nutzung der Angebote zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung machen gute Fortschritte. Die Bildungsbeteiligung der 4- und 5-Jährigen liegt bundesweit bei über 95 Prozent. Der Bericht konstatiert auch eine weiter steigende Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen, insbesondere in Westdeutschland. 2009 lag die Bildungsbeteiligung dieser Altersgruppe deutschlandweit bei 20 Prozent mit regional großen Unterschieden. Die Quote der Bildungsbeteiligung der 4- und 5-Jährigen mit Migrationshintergrund lag 2009 in Westdeutschland im Durchschnitt bei nur 85 Prozent. Für die unter 3-Jährigen lag die Quote dort bei 9 Prozent und damit ebenfalls weit unter der der unter 3-Jährigen ohne Migrationshintergrund von 15 Prozent. Sprachstandserhebungen in den Ländern diagnostizieren einen Großteil der Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache als förderbedürftig. Mit dem Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote geht ein neuer Personalhöchststand bei den pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen einher. Ausbaufähig sind der Anteil der akademisch ausgebildeten pädagogischen Fachkräfte und die Qualifizierung der Tagespflegepersonen.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Um das Ziel eines bundesdurchschnittlichen Platzangebotes von 35 Prozent für unter 3-Jährige bis 2013 zu erreichen, bedarf es noch erheblicher Anstrengungen vor allem in den westlichen Bundesländern, wo der Ausbaustand 2009 nur 15 Prozent betrug. Der Ausbau der frühkindlichen Förderung bedeutet auch eine Steigerung der Qualität von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege und eine Erhöhung der Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte. An dem 35-Prozent-Ziel hält die Bundesregierung fest. Die Qualität der Sprachförderung vor der Einschulung gilt es weiter zu verbessern. Eltern mit Migrationshintergrund müssen verstärkt über das System frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung sowie die Bedeutung der Sprachförderung mit Blick auf schulische Anforderungen informiert werden. Die Qualität der Sprachförderung vor der Einschulung gilt es weiter zu verbessern. Die Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern ist stetig an die gestiegenen Anforderungen anzupassen.

Maßnahmen

Für den bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung in guter Qualität stellt der Bund bis zur Einführung des Rechtsanspruchs auf frühe Förderung ab vollendetem 1. Lebensjahr in 2013 insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung. 2,15 Milliarden Euro im Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“ und 1,85 Milliarden Euro für Betriebskosten. Damit beteiligt sich der Bund bis 2013 mit mehr als der Hälfte an den Kosten für neue oder gesicherte Kindertagesbetreuungsplätze.

Um die Qualität der frühkindlichen Förderung weiter zu verbessern, wird der Bund darüber hinaus ab 2014 mit jährlich 770 Millionen Euro die Länder bei den Betriebskosten unterstützen.

Die Kindertagespflege spielt beim Ausbau eine entscheidende Rolle. Mit dem Aktionsprogramm Kindertagespflege werden gemeinsam mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit zusätzliche Tagespflegepersonen gewonnen, qualifiziert und die Kindertagespflege als Tätigkeitsbild etabliert. In bundesweit 161 Modellstandorten werden strukturelle Voraussetzungen für den regionalen Ausbau der Kindertagespflege geschaffen und die Vernetzung vor Ort befördert. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) stellt für das Programm von 2008 bis 2013 insgesamt 35,5 Millionen Euro einschließlich ESF-Mitteln (Europäischer Sozialfonds für Deutschland) zur Verfügung.

Zur Verknüpfung von frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung und zur Steigerung der Qualität hat das BMBF gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung unter Beteiligung des Deutschen Jugendinstituts die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte ge-

startet. Hierfür stellt der Bund rund 5 Millionen Euro einschließlich ESF-Mittel innerhalb von drei Jahren zur Verfügung. Zusätzliche Forschungskapazitäten im Umfeld des Projekts werden derzeit ausgebaut. Das BMBF fördert auch die Medienqualifizierung für Erzieherinnen und Erzieher mit 8,6 Millionen Euro einschließlich ESF-Mittel. Mit der vom Bund unterstützten Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ werden Erzieherinnen und Erzieher im Umgang mit MINT-Fragestellungen qualifiziert. Ziel ist es, in den nächsten Jahren mindestens 80 Prozent aller Kindertageseinrichtungen deutschlandweit zu erreichen.

In gleicher Weise ist angestrebt, den Anteil von Jungen und Männern in sozialen Berufen, wie dem des Erziehers, zu erhöhen. Mit dem ESF-Modellprogramm des BMFSFJ „MEHR Männer in Kitas“ sollen innovative Ideen zur Gewinnung von mehr Männern in Kitas ermittelt und erprobt werden (Laufzeit 2011 - 2013). Hierfür stellt der Bund 13,2 Millionen Euro einschließlich ESF-Mittel innerhalb von drei Jahren zur Verfügung.

Frühe Sprachförderung ist der Schlüssel zu einer besseren Integration und schafft gleiche Startbedingungen für alle Kinder. Dies erfordert qualifiziertes, zusätzliches Personal. Deshalb wird das BMFSFJ in den nächsten vier Jahren insgesamt rund 400 Millionen Euro in eine bundesweite Sprach- und Integrationsförderung investieren. Die Mittel werden in bis zu 4000 Schwerpunkt-Kindertageseinrichtungen fließen und sollen vor allem in sozialen Brennpunkten dazu beitragen, faire Chancen für alle Kinder zu schaffen.

Zur Qualifizierung des Personals trägt auch die vom BMBF innerhalb des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung geförderte Forschung zu Sprachdiagnostik und Sprachförderung bei, durch die u. a. auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, die diagnostische Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher zu stärken. Darüber hinaus arbeitet das BMBF in Umsetzung des Koalitionsvertrages an der Konzeption eines Forschungsprogramms „Sprachförderung“. Mit diesen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Länder in ihrer Verantwortung, für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung Sorge zu tragen.

Das BMFSFJ plant darüber hinaus, Eltern frühzeitig und zielgruppengerecht für die Bildungsverläufe ihrer Kinder und die Übergänge im Bildungssystem zu sensibilisieren. Die Stärkung der allgemeinen Erziehungskompetenz von Familien ergänzend, sollen mit einem Bundesprogramm ab 2011 bis zum Jahr 2014 viele Angebote zur aufsuchenden Elternarbeit und Elternbildung initiiert werden. Daneben soll ein einzurichtender Modellverbund von „Netzwerken Bildungschancen“ entsprechende Angebote aufsuchender Familienarbeit zusammenführen und gemeinsam mit weiteren lokalen Akteuren niedrig-schwellige kita- und schulnahe Angebote zur Bildungsbegleitung von Kindern entwickeln und aus einer Hand anbieten.

b) Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen verbessern

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Die Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien wie PISA belegen eine leichte Verbesserung der Leistungen von Schülerinnen und Schülern in Deutschland seit 2000 und damit positive Entwicklungstrends in wichtigen Lernbereichen. Unbefriedigend bleiben die hohe Leistungsstreuung sowie die noch immer starke Kopplung von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund mit dem Bildungserfolg, insbesondere im Sekundarbereich I. So lag 2006 die Gymnasialbesuchsquote 15-jähriger Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund bei 37 Prozent, bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund dagegen nur bei 22 Prozent. An Hauptschulen sind Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so stark vertreten wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund (36 gegenüber 16 Prozent). Ein positiver Trend zeigt sich bei den Schulabgängern ohne Abschluss: Ihr Anteil ist bei den 15- bis unter 17-Jährigen von 8,5 Prozent in 2004 auf 7,5 Prozent in 2008 gesunken. Die ganztägige Bildung und Betreuung im Schulalter wurde erheblich ausgeweitet. Mit einem Gesamtanteil von 42 Prozent arbeitet inzwischen fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs I im Ganztagsbetrieb. Etwa ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler in diesem Bereich nutzt Angebote an Ganztagschulen.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, frühzeitig die Weichen für mehr Qualifizierung und Bildungsgerechtigkeit zu stellen. Bildungsarmut gilt es frühzeitig zu bekämpfen und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Die Bildungschancen besonders derjenigen Kinder und Jugendlichen, die zu Hause nur wenig gefördert werden, müssen deutlich verbessert werden. Eine gute Schulbildung trägt wesentlich dazu bei, ebenso wie außerschulische Bildungsangebote im Bereich der Jugendhilfe und der kulturellen Bildung. Die Bundesregierung hält an dem Ziel aus der Qualifizierungsinitiative für Deutschland „Aufstieg durch Bildung“ von Bund und Ländern fest, den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss bis 2015 auf insgesamt vier Prozent zu senken. Im Nationalen Integrationsplan erklären Bund und Länder darüber hinaus, die Abbrecher- und Wiederholerquoten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Gesamtdurchschnitt aller Schülerinnen und Schüler bis 2012 anzugleichen. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es weiterer Anstrengungen.

Maßnahmen

Die Bundesregierung wird die Förderung lokaler Bündnisse vorbereiten, die sich um benachteiligte Kinder und Jugendliche kümmern und geeignet sind, gezielt Bildungsarmut zu bekämpfen. Starke Bündnisse in öffentlich-privaten Partnerschaften auf kommunaler Ebene können dazu beitragen, dass die Mittel, die benachteiligten Kindern den Zugang zu passgenauen Bildungsangeboten ermöglichen sollen, in möglichst effizienter Weise die Adressaten erreichen. Das BMBF wird an sein erfolgreiches Programm „Lernen vor Ort“ anknüpfen, um dieses Ziel zu erreichen. Unter Nutzung der im Rahmen dieses Programms entstandenen und entstehenden Strukturen für ein besseres Bildungsmanagement werden die Kommunen dabei unterstützt, tragfähige und nachhaltige Modelle und Instrumente für lokale Bündnisstrukturen zu entwickeln. Diese Modelle sollen anschließend in die Fläche transferiert werden, um allen von Bildungsarmutsrisiken betroffenen Kindern und Jugendlichen Zugang zu geeigneten Angeboten zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die eingesetzten Mittel auch die richtigen Adressaten erreichen.

Durch bessere Informationswege und Erprobung neuer Angebotsstrukturen soll die Jugendhilfe dabei unterstützt werden, ihre Aufgaben für eine ganzheitliche Bildung für alle Kinder und Jugendlichen optimal wahrnehmen zu können. Daher bereitet die Bundesregierung eine spezifische Stärkung der außerschulischen Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit vor Ort vor. Es soll eine bessere Vernetzung, Aktivierung und Mobilisierung der Jugendhilfeangebote im Sozialraum erreicht werden, sowie eine Entsäulung der verschiedenen Bereiche Jugendsozialarbeit und außerschulische Jugendbildung.

Das BMBF wird seine Forschungsanstrengungen intensivieren, um die erfolgreiche Teilhabe am Bildungssystem von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Dazu dient u. a. der 2010 ausgeschriebene Forschungsschwerpunkt „Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Sozialer Wandel und Strategien der Förderung“ im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung. Ziel des interdisziplinären Forschungsprogramms ist die vertiefende Untersuchung der Erscheinungsformen und Ursachen ungleicher Bildungsteilhabe vor dem Hintergrund des sozialen und demografischen Wandels sowie die Wirkungsweise von Maßnahmen und Programmen zur Verringerung von Bildungsungleichheit, insbesondere zur Verringerung der „Risikogruppen“ im Bildungssystem, um zielgerichtet Förderstrategien weiterzuentwickeln.

Die Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität der Ganztagschulen unterstützt das BMBF durch das Programm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“ sowie durch begleitende Forschung, insbesondere die bundesweite „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen –

StEG“. Darüber hinaus werden Reformmaßnahmen der Länder zur Verbesserung der Unterrichts- und Schulqualität durch zielgerichtete Forschung flankiert.

Auch der kulturpolitische Schwerpunkt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), zu einer Intensivierung der kulturell-künstlerischen Vermittlungsarbeit von Kultureinrichtungen beizutragen, verbessert die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. In diesem Zusammenhang wurde 2010 ein neues Förderprogramm zur Unterstützung von Modellprojekten aufgelegt, das sich insbesondere an bislang unterrepräsentierte Zielgruppen richtet. Damit wird ein Anliegen des Koalitionsvertrags umgesetzt, dessen übergreifendes kulturpolitisches Ziel darin besteht, gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft zu erleichtern. Der bereits seit 2009 vergebene und mit jährlich 60.000 Euro dotierte BKM-Preis Kulturelle Bildung würdigt ebenfalls nachhaltige und innovative Projekte, die sich an Menschen richten, die bislang nicht zur traditionellen Klientel von Kultureinrichtungen und -projekten zählen.

c) Mehr Jugendliche in Ausbildung bringen, Durchlässigkeit verbessern

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Das System der beruflichen Ausbildung in Deutschland ermöglicht der Mehrheit eines Altersjahrgangs einen qualifizierten Ausbildungsabschluss und ist damit auch im internationalen Vergleich sehr leistungsfähig. 74 Prozent der 20- bis 25-Jährigen und 85 Prozent der 25 bis 35-Jährigen haben einen Abschluss des Sekundarbereichs II, zu dem die berufliche Bildung zählt. In der älteren Altersgruppe liegt Deutschland damit über dem EU-Mittel.

Die Ausbildungssituation verbessert sich kontinuierlich. Die rechnerische Ausbildungsplatzlücke hat sich seit 2006 weiter verringert. 2009 sank das Ausbildungsplatzangebot der Unternehmen um 10 Prozent gegenüber 2007, aber auch die Nachfrage verringerte sich demografiebedingt um 13 Prozent. Bei Einbezug der Altnachfrage zeigt sich jedoch nach wie vor in allen Regionen eine Unterdeckung im Ausbildungsplatzangebot, selbst in Regionen mit vergleichsweise günstigem Arbeitsmarkt. Der Anteil der Neuzugänge im Übergangssystem ist seit 2007 deutlich unter 40 Prozent gesunken, liegt aber noch bei einem Drittel (34,1 Prozent in 2008). Insbesondere Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss und mit Hauptschulabschluss kommen zunächst nur im Übergangssystem unter. Ausländische Jugendliche sind davon besonders häufig betroffen.

Weiterhin ist die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulbereich ausbaufähig.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Mehr Jugendliche müssen unmittelbar nach der Schule im dualen System einen Ausbildungsplatz bekommen. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür ist die passgenaue Vermittlung von Schulabgängern, die eine duale Berufsausbildung anstreben, auf die vorhandenen Angebote. Aber auch die Vermittlung von Altbewerbern, die nicht direkt im Anschluss an die Schulzeit auf einen Ausbildungsplatz vermittelt werden konnten, bleibt eine wichtige Aufgabe.

Die Bundesregierung strebt eine stärkere Verzahnung und Erleichterung der Übergänge zwischen Schule, Übergangssystem und Ausbildung an. Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf sollen dabei frühzeitig, d.h. schon während der allgemein bildenden Schulzeit, identifiziert und dann entsprechend unterstützt werden.

Auch die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulbereich gilt es durch passgenaue Angebote weiter zu verbessern – aufbauend auf der von den Ländern beschlossenen Öffnung der Hochschulzugangsbedingungen für beruflich Qualifizierte.

Maßnahmen

Um Schülerinnen und Schülern den Übergang in die Ausbildung zu erleichtern, bündelt das BMBF mit seiner Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Berufsabschluss“ neue und bestehende, in der Praxis erprobte Förderinstrumente zu einem Gesamtsystem. Diese Initiative richtet sich speziell an Hauptschülerinnen und Hauptschüler ab der 7. Klasse, die über Potenzialanalyse und gezielte Berufsorientierungsmaßnahmen und ggf. Betreuung durch hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter und ehrenamtliche Bildungslotsen bis hinein in die Berufsausbildung unterstützt werden. In diesem Rahmen hat das BMBF zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die gesetzlich verankerte Berufseinstiegsbegleitung mit einem Sonderprogramm erweitert, welches ebenfalls von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt wird.

Zur gesetzlichen Erprobung der Berufseinstiegsbegleitung, die seit Februar 2009 förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen zugute kommt, berichtet das BMAS dem Deutschen Bundestag erstmalig bis zum 31. Dezember 2010 von den Ergebnissen der Evaluation.

Die Bundesregierung hat die Verlängerung der erweiterten Berufsorientierung, mit der Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung für Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen auch über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus und außerhalb der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt werden können, um weitere drei Jahre bis Ende des Jahres 2013 beschlossen. Gleichzeitig wird das BMBF-Programm

„Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ nach der Erprobungsphase ab 2010 verstetigt.

Das ESF-Bundesprogramm "Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), mit dem bisher bereits rund 25.000 Ausbildungsplätze vermittelt wurden, wird über 2010 hinaus um zwei Jahre verlängert. Hierfür stehen einschließlich eines Eigenanteils der Kammern rd. 16 Millionen Euro bereit.

Der erfolgreiche „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“, der erstmalig 2004 zwischen der Wirtschaft und der Bundesregierung beschlossen und 2007 verlängert wurde, soll auch über das Jahr 2010 hinaus weiter fortgesetzt werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf diejenigen Jugendlichen gelegt werden, die es bislang nicht in Ausbildung geschafft haben (z.B. aus dem Kreis der benachteiligten Jugendlichen, Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Altbewerber). Aber auch leistungsstarke Jugendliche stehen für die Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs im Fokus.

Darüber hinaus sieht der Koalitionsvertrag vor, den Übergang von der Schule in Ausbildung neu zu strukturieren und effizienter zu gestalten. In der Haushaltsklausur der Bundesregierung im Juni 2010 ist das BMAS beauftragt worden, dazu eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zu leiten. Ziel der Arbeitsgruppe wird es sein, Vorschläge für eine bessere Abstimmung und – wo sinnvoll und möglich – Bündelung von Programmen und Förderinstrumenten für junge Menschen zur Eingliederung in Arbeit und Ausbildung zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen im Jahr 2011 zusammen mit der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente umgesetzt werden.

Um insbesondere bildungsferne und schuldistanzierte Jugendliche aus benachteiligten Stadtquartieren beim Start in Beruf und Ausbildung zu unterstützen, fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) mit dem ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ in den Programmgebieten des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ passgenaue Projekte, die insbesondere die Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit sowie den verbesserten Übergang von der Schule in den Beruf zum Ziel haben. Von 2008 bis 2015 stehen insgesamt 184 Millionen Euro, davon 124 Millionen Euro aus ESF-Mitteln und 60 Millionen Euro BMVBS-Mittel, zur Verfügung. Eine zweite Förderrunde des Programms BIWAQ ist ab Herbst 2010 geplant.

Eine Berufsausbildung soll nicht an finanziellen Hürden scheitern. Im Rahmen des von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten und am 15.10.2010 vom Bundesrat verabschiedeten 23. BAföG-Änderungsgesetzes werden u. a. auch die Bedarfssätze und

Freibeträge für die Berufsausbildungsbeihilfe und das Ausbildungsgeld erhöht. Hierfür sollen in den Jahren 2010 bis 2013 im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit und im Haushalt des BMAS insgesamt rund 105 Millionen Euro zusätzlich aufgebracht werden.

Um die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulbereich zu verbessern, schafft das BMBF durch Aufstiegsstipendien Anreize zur Aufnahme eines Studiums für diejenigen, die eine berufliche Ausbildung mit hervorragenden Ergebnissen abgeschlossen haben. Seit der Programmeinführung im Jahr 2008 wurden bereits rund 2.000 Aufstiegsstipendien vergeben. Von allen beruflich qualifizierten Studienanfängern ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung erhält damit jeder achte ein Aufstiegsstipendium.

Mit dem Wettbewerb "Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen" stärken Bund und Länder in den nächsten Jahren gemeinsam die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Dafür stellt das BMBF 250 Millionen Euro zur Verfügung. Mit Blick auf die Umsetzung von Möglichkeiten für lebenslanges Lernen soll damit das derzeitige Angebot an praxisnahen sowie berufsbegleitenden, aber auch dualen Studienangeboten ausgeweitet werden. Derzeit werden die Vorbereitungen getroffen, damit die Förderung ab 2011 gestartet werden kann.

d) Bessere Studienqualität bei hoher Studienanfängerquote

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Die Studienanfängerzahl erreichte im Studienjahr 2009 einen neuen Höchststand. Die Studienanfängerquote von 43 Prozent liegt deutlich über der von der Bundesregierung angestrebten Marke von 40 Prozent. Der Bologna-Prozess ist weit vorangeschritten. Die Mehrheit der Studienanfänger beginnt ein Bachelorstudium. Verbesserungsfähig ist im Urteil der Studierenden jedoch die Studienqualität insbesondere in Studiengängen mit vielen Teilnehmern. Zudem ist wenig internationale Mobilität im Bachelorstudium zu verzeichnen. Die Entwicklung der Studienzeiten und des Studienabbruchs in den Bachelorstudiengängen zeigt eine positive Tendenz. Eine Herausforderung bleibt die Mobilisierung von Studierenden aus Elternhäusern ohne akademische Bildungstradition einschließlich derer mit Migrationshintergrund.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Die Ziele der ersten Programmphase des Hochschulpaktes 2020 wurden mit den hohen Studienanfängerzahlen weit übertroffen. Eine steigende Bildungsbeteiligung und die bevorstehenden doppelten Abiturjahrgänge werden weiter zu hohen Studienanfängerzahlen führen. Nur in den neuen Ländern wird demografiebedingt die Studiennachfrage sinken. Die

Länder müssen entsprechende Kapazitäten an den Hochschulen schaffen. Der Bund hat mit dem Hochschulpakt die im Rahmen der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit möglichen Maßnahmen eingeleitet. Die Kapazitäten können – mit der finanziellen Unterstützung des Bundes – nur die Länder schaffen. Zugleich müssen die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen weiter verbessert werden, damit mehr junge Menschen ihr Studium erfolgreich zum Abschluss bringen.

Maßnahmen

Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden auf dem Arbeitsmarkt gegenwärtig und in den kommenden Jahren verstärkt und dringend gebraucht. Um die Kapazitäten der Hochschulen zu erweitern, hat der Bund mit den Ländern eine bedarfsgerechte Fortsetzung des Hochschulpakts für mehr Studienplätze beschlossen. In den Jahren 2011 bis 2015 sollen rund 275.000 zusätzliche Studienmöglichkeiten entstehen. Dafür stellt allein das BMBF rund 3,76 Milliarden Euro zur Verfügung, davon rund 180 Millionen Euro als Sonderzahlung für einen Kapazitätserhalt in den neuen Ländern. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung die neuen Länder mit einer Marketingkampagne dabei, Studieninteressierte über die guten Studienbedingungen an ostdeutschen Hochschulen zu informieren.

Zur Verbesserung von Studienbedingungen und Lehrqualität haben die Regierungschefs von Bund und Ländern den erfolgreichen Hochschulpakt um eine dritte Säule als Qualitätspakt für die Lehre erweitert. Damit werden in der Breite der Hochschullandschaft Maßnahmen zur Personalgewinnung, -qualifizierung und zur Weiterentwicklung der Lehrqualität gefördert. Das BMBF wird für die dritte Säule des Hochschulpaktes bis 2020 rund zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Vor dem Hintergrund der globalen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft wird es immer wichtiger, dass Hochschulabsolventen internationale Erfahrungen sammeln. Der Bund wird deshalb die Förderung für die internationale Mobilität von Studierenden verbessern. Hierzu zählen ein Pilotprogramm für vierjährige Bachelorstudiengänge mit einem integrierten Auslandsaufenthalt (Bachelor Plus-Programm), der starke Ausbau von Doppeldiplom-Programmen sowie die Verstärkung von Mobilitäts- und Austauschprogrammen.

Damit das Studium nicht an finanziellen Hürden scheitert, wird das 23. BAföG-Änderungsgesetz spürbare Leistungsverbesserungen gewährleisten; u. a. eine Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge, aber auch dringliche strukturelle Änderungen bspw. zur besseren Anpassung an Erfordernisse des Bologna-Prozesses sowie auch der individuellen Familien-, Ausbildungs- und Erwerbstätigkeitsplanung werden hiermit umgesetzt. Das BMBF wird dafür von 2010 bis 2013 rund 635 Millionen Euro zusätzlich investieren.

Das Deutschland-Stipendium ergänzt die bestehende Studienfinanzierung mit einem neuen Ansatz. Ziel des Programms ist es, begabte Studierende an allen staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland durch ein Stipendium in Höhe von 300 Euro monatlich zu unterstützen. Finanzielle Hindernisse für die Aufnahme eines Studiums sollen so abgebaut und Anreize für Spitzenleistungen geschaffen werden. Die Stipendien werden von privaten Geldgebern und dem Bund gemeinsam finanziert. Der private Teil der Stipendienmittel in Höhe von 150 Euro wird durch die Hochschulen eingeworben und vom Bund um 150 Euro aufgestockt. Damit kann das Programm der Einstieg in eine von breiter gesellschaftlicher Verantwortung getragene Stipendienkultur in Deutschland sein.

e) Weiterbildung im Zeichen des demografischen Wandels ausbauen

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Die Weiterbildungsbeteiligung ist weiterhin auf einem verbesserungsfähigen Niveau. Personen mit geringer Qualifikation und Ältere beteiligen sich deutlich weniger an Weiterbildung als gut qualifizierte und jüngere Menschen. Es gibt eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen und älteren Arbeitskräften in der betrieblichen Weiterbildung. Bei der Teilnahme an Weiterbildung nimmt Deutschland im internationalen Vergleich einen Platz im Mittelfeld ein.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit Deutschlands hängt auch von der Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung und von mehr passgenauen Weiterbildungsangeboten ab, denn nur so können Beschäftigungsfähigkeit erhalten und neue Qualifikationspotenziale erschlossen werden. Mit Blick auf die demografische Entwicklung muss es gelingen, die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland zu erhöhen. Die berufliche Weiterbildung insbesondere von älteren sowie weiblichen und gering qualifizierten Erwerbstätigen muss dabei Priorität erhalten. Zunehmende Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben auch neben- und nachberufliche Qualifizierungsmaßnahmen für das bürgerschaftliche Engagement. Dessen Notwendigkeit und Wertschöpfung steigen kontinuierlich in einer Gesellschaft des langen Lebens.

Maßnahmen

Bund und Länder verfolgen das Ziel, gemeinsam mit den Sozialpartnern bis zum Jahr 2015 die Beteiligung der Erwerbsbevölkerung an formalisierter Weiterbildung von 43 auf 50 Prozent zu steigern. Hierzu fördert der Bund eine Vielzahl von Maßnahmen. Mit der Bildungsprämie bietet die Bundesregierung allen Erwerbstätigen mit niedrigen und mittleren Einkommen die Möglichkeit, Gebühren für Kurse und Prüfungen der beruflichen

Weiterbildung durch den Erhalt von Prämiegutscheinen zu reduzieren. Die Bildungsprämie nutzen bislang zu 70 Prozent überwiegend Frauen. Bildungsferne Zielgruppen, darunter auch Menschen mit Migrationshintergrund, sind ebenfalls stärker repräsentiert als in sonstigen Maßnahmen.

Im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik wurde die berufliche Weiterbildungsförderung in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Im Jahr 2009 wurden hierfür rund 3,4 Milliarden Euro ausgegeben, mit denen die berufliche Weiterbildung von rd. 620.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefördert wurde. Damit wurden die Vorjahreszahlen deutlich übertroffen (2008: 463.000 Eintritte).

Das BMBF unterstützt eine strukturelle Neuorientierung des kommunalen Bildungssystems in der Weiterbildung und anderen Bildungsbereichen insbesondere durch das Programm „Lernen vor Ort“, das gemeinsam mit rund 120 Stiftungen umgesetzt wird und mit einem Volumen von 60 Millionen Euro inkl. ESF-Mitteln in 40 Kreisen und kreisfreien Städten modellhaft ein kohärentes Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene etablieren wird.

Darüber hinaus fördert das BMBF mit den Weiterbildungsstipendien des Programms „Begabtenförderung berufliche Bildung“ die berufsbegleitende Weiterbildung von jungen Berufseinsteigern und gibt damit eine Anschubfinanzierung für die eigenständige Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens. Ende 2009 befanden sich rund 17.500 berufliche Talente als Stipendiatinnen und Stipendiaten in der Förderung.

Außerschulische Lernorte ermöglichen Bildungserfahrungen durch konkrete Beteiligung und Verantwortungsübernahme. Dies gilt beispielsweise auch für den Zivildienst, durch den Fachkenntnisse und soziale Kompetenzen erworben werden. Die Teilnahme an Freiwilligendiensten steigt weiter an. Sport, Kirche und Religion sind weitere wichtige Betätigungsfelder für freiwilliges Engagement von Kindern und Jugendlichen. Fragen der „Kulturell/musisch-ästhetischen Bildung im Lebenslauf“ wird der kommende Bildungsbericht 2012 im Schwerpunktkapitel vertieft darstellen.